

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegungen nehmen die Anzeigen, und für Anwerdige die Postenhalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Abdruckpreis für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Pfennige, auswärts 25 Pfennige, auswärts 30 Pfennige, auswärts 40 Pfennige, auswärts 50 Pfennige, auswärts 60 Pfennige, auswärts 70 Pfennige, auswärts 80 Pfennige, auswärts 90 Pfennige, auswärts 100 Pfennige.

Telegramme: Kegelblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 66

Dienstag, den 19. März 1929

24. Jahrgang

Polnische Verfassungskämpfe

Politische Hochkonjunktur. — Pilsudski Verfassungsentwurf. — Das Gegenprojekt des Linkstariels. — Vor der Schließung des Sejm.

Polen gehört wie Italien zu jenen Ländern, in denen immer etwas los ist. Eine polnische Zeitung vom letzten Freitag berichtet von den Wahlmischbräuchen bei den letzten Sejmwahlen, der Berufung des Generals Pilsudski wegen Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis, dem russischen Antrag der Stabilisierungsanleihe um fünf Punkte wegen der Affäre des Finanzministers Gochowicz, dessen Finanzierungsmaßnahmen demnachst vor den Staatsgerichtshof kommen, von den Budgetüberschreitungen fast sämtlicher Ministerien im Laufe des Haushaltsjahres und der Annahme des Finanzministeriums im Sejm. Pilsudski ist auch die Auseinandersetzung zwischen General Roca und Major Burda. Ersterer ist dem Major vor, sich im Jahre 1919 während der Kämpfe in Przemyśl unter ein Bett versteckt zu haben. Der Major antwortet mit schweren Gegenanschuldigungen und behauptet, daß General Roca während der polnischen Freiheitskämpfe seine Leute ins Gefängnis schlug.

Staatspolitisch wichtiger als diese Kulturkämpfe sind die schweren Verfassungskämpfe im Lande. Der neue Verfassungsentwurf des sogenannten „Unparteiischen Blocks“, des Pilsudski-Blocks, beruht auf dem Satz: „Das Volk ist die Quelle jeder Gewalt, das Wohl des Staates ein oberstes Gesetz und der Präsident der höchste Vertreter jeder Obrigkeit.“ Der Entwurf will bekanntlich die gegenwärtige demokratische parlamentarische Verfassung beseitigen und durch eine autoritäre ersetzen, mit der die Rechte des Präsidenten wesentlich vergrößert werden.

Der Präsident soll fünfjährig nach diesem Verfassungsentwurf von dem ganzen Volke auf sieben Jahre gewählt werden. Das Volk hat aber nur zwischen zwei Kandidaten zu wählen. Den einen Kandidaten bestimmt der zurücktretende Präsident, während der zweite von Senat und Sejm in gemeinsamer Sitzung mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt wird. Der Präsident ist unverantwortlich und kann nur von einer Nationalversammlung mit qualifizierter Mehrheit wegen Landesverrats, Verletzung der Verfassung und anderer Staatsvergehen angeklagt werden. Er ernennt aus eigener Vollmacht den Ministerpräsidenten, die Minister, alle Richter und alle Offiziere. Seine Verordnungen und Erlasse sind rechtskräftig an sich und bedürfen keiner Gegenzeichnung durch einen Ministerpräsidenten oder Minister. Er leistet auch keinen Eid vor der Volksvertretung, sondern in der Warschauer Kathedrale vor dem Primas des Landes.

Es ist offensichtlich, daß Senat und Sejm durch diesen Entwurf zu Staatsorganen zweiter Ordnung herabgedrückt werden. Der Senat soll fünfjährig aus hundert gewählten und fünfzig von Präsidenten ernannten Mitgliedern bestehen. Die Immunität der Abgeordneten des Sejm wird wesentlich eingeschränkt, insofern jeder Abgeordnete, dessen Lebensweise und politische Tätigkeit mit dem Wortlaut seines Eides nicht vereinbar erscheint, auf Verlangen des Justizministers oder des Sejm-Marschalls vor den Staatsgerichtshof gestellt und seines Mandates für verlustig erklärt werden kann. Was diese Bestimmungen des 21. Artikels des Entwurfs besagt, bedarf für einen Politiker keiner Erläuterung. Auch das Budgetrecht wird beschnitten, das Recht zur Interpellation begrenzt und das Wahlrecht abgeändert. Nach dem Entwurf beträgt das vorgeschriebene Alter zur Ausübung des aktiven Wahlrechts für den Sejm 24 und für den Senat 30 Jahre, die Anspruchnahme des passiven Wahlrechts wird entsprechend auf 30 und 40 Jahre erhöht.

Im Sejm kam es während der Aussprache über den neuen Verfassungsentwurf zu stürmischen Kundgebungen für den Entwurf, setzte sich der Regierungslöcher ein, für den Oberst Slawek, Fürst Radziwill, Professor Malowski und Jan Pilsudski, der Bruder des Marschalls, sprachen. Sie vertraten die Auffassung, daß die Trennung der Gewalten für Polen unbrauchbar, das polnische Volk für die geltende Verfassung noch nicht reif sei und der neue Verfassungsentwurf geradezu eine „unpolitische Form der Demokratie“ darstelle, der Befehl werden müßte, um das Land immerlich zu kontrollieren.

Die Rechtsopposition lehnte den Entwurf als „heidnisches“ Projekt ab. Das Kartell der Sironen, das sich aus Sozialisten, der Bauernpartei, den nationalen Minderheiten und anderen Gruppen zusammensetzt, holte aber zum großen Gegenschlag aus und beantwortete den neuen Verfassungsentwurf mit einem Gegenentwurf. Dieses Gegenprojekt verlangt die Aufhebung des ganzen Senats und die Einführung des Einkammersystems, die Trennung von Staat und Kirche, das Recht des Volkswahlrechts und Volkswahlrechts für das Volk, kulturelle und territoriale Autonomie für die nationalen Minderheiten. Der Präsident solle von der Nationalversammlung gewählt und verpflichtet werden, alle vom Sejm angenommenen Gesetze binnen Jahresfrist zu unterzeichnen und zu veröffentlichen, einerlei ob er mit ihnen einverstanden ist oder nicht.

Man kann sich die Wut der Anhänger Pilsudski's schwer vorstellen, als sie diesen Gegenentwurf vernahmen. Pilsudski hatte aber schnell die Antwort gefunden. Er ernannte nämlich seinen Adjutanten, den Obersten Widniawa-Dlugoszewski, der bei den Straßenkämpfen Warschaws im Mai 1928 eine entscheidende Rolle gespielt hatte, zum Stadtkommandanten von Warschau. Der Wind wird überall verstanden. Ebenso wird der politische Druck empfunden. Dennoch ist im Sejm keine qualifizierte Mehrheit für die Annahme des neuen Verfassungsentwurfs vorhanden. Was

man? Werden Neuwahlen ausgeschrieben werden? Kommt ein neuer Staatsstreich? Was plant Pilsudski? Der Regierungsbloch rechnet vorerst mit einer Schließung der Sejmession. Man sagt sich in Warschau auf Wiedersehen, glaubt aber nicht so recht daran. Scheiden und meiden tut was.

Die russischen Monarchisten für Volkregierung

Ein Manifest des Großfürsten Kyryll

Eine Berliner Korrespondenz veröffentlicht Einzelheiten aus einem Manifest, das Großfürst Kyryll Wladimirowitsch als „einziger rechtmäßiger russischer Thronprätendent“ nach dem Tode Nikolai Nikolajewitsch von seinem Wohnsitz in Frankreich erläßt, und das Richtlinien zur Grundlage der Veränderungen, die das russische Leben wieder in geordnete Bahnen leiten sollen“ enthält.

Das Interessanteste an diesem Programm des russischen Thronprätendenten — so heißt es in der Korrespondenzmeldung — ist seine Einleitung, in der er die Beibehaltung der Sowjets verspricht. „Die Volksvertreter sollen eine unänderliche und ständige Teilnahme an der Gesetzgebung und Regierung des Reiches haben. Dies ist von mir als Grundpfeiler des neuen monarchistischen Rußlands gedacht. Ohne daher das Sowjet-System der Volksvertreter abzulehnen, werde ich die freie Wahl der Vertreter aller wirt-

schaftlichen und schöpferischen Schichten der Bevölkerung sicherstellen; ebenso auch die der Mitglieder von Gewerkschaftsorganisationen und Spezialisten, die sich durch Wissen und Erfahrung in staatlichen Angelegenheiten ausgezeichnet haben. Dorf-, Gemeinde-, Bezirks-, Gouvernements- und Gebiets- oder Nationalsozjets, die von einem periodisch einzuberufenden Allrussischen Sowjet-Kongress zusammengefaßt werden — dies ist das Mittel, den russischen Jaren dem Volke nahezubringen und die Errichtung einer hindernden Schranke in Form eines allmächtigen Beamtentums oder einer anderen besonders privilegierten Schicht zu verhindern.“

Weiter verspricht das Manifest weitestgehende Selbstverwaltung der Gebiete, das Verbleiben des ländlichen Privatbesitzes in den Händen der Bauern ohne Leistung von Entgelt, weitgehende Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft, Einführung des achtstündigen Fabrikarbeitstages als Arbeitsnorm, Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, soziale Einrichtungen für die Arbeiter und staatliche Arbeitsbeschäftigung. Die Industrie- und Handelsunternehmungen sollen in allen denjenigen Fällen, in denen dies nicht die Interessen des Staates oder der Konsumvereine beeinträchtigt, in Privateigentum übergehen. Auch die Handelsfreiheit und die Privatinitiative soll wiederhergestellt werden, während die staatliche Oberhoheit über die Bodenschätze und Waldbirtschaften des russischen Reiches aufrecht erhalten werden solle.

Die Kämpfe in Mexiko

Ein Erfolg der mexikanischen Aufständischen.

Die „Associated Press“ aus Juarez meldet, gibt das dortige revolutionäre Hauptquartier bekannt, daß die Stadt Aguas Calientes, die auf halbem Wege zwischen der Hauptstadt Mexiko und Torreón liegt, durch Rebellenstruppen erobert worden ist. Bei der Einnahme der Stadt wurden viele Soldaten der Bundesstruppen getötet und eine große Anzahl gefangen genommen. Das revolutionäre Hauptquartier mißt der Einnahme von Aguas Calientes große Bedeutung bei, da dadurch, wie es heißt, die Verbindung zwischen den auf Torreón vorrückenden Bundesstruppen unterbrochen wird.

Annekte für die gefangenen Rebellen von Vera Cruz.

Präsident Portes Gil hat angeordnet, daß alle Rebellen unter dem Rang eines Oberleutnants, die zu den Streitkräften des Rebellenführers Aguirre gehörten und bei den Kämpfen im Staate Vera Cruz gefangen genommen wurden, freigelassen werden sollen. Die Anordnung erfolgte, da die gefangenen Truppen erklärten, sie hätten nichts von der Aufstandsbewegung gewußt und sich den Regierungstruppen bei der ersten Gelegenheit ergeben.

Luftverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Südamerika.

Im nächsten Frühjahr wird, einer Erklärung Hoovers zufolge, ein regelmäßiger Luftverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Südamerika aufgenommen werden. Es sind für die Woche drei Fahrten geplant.

Die Lage in Afghanistan

„Sunday Times“ berichtet aus Bombay: Das afghanische Hauptquartier in Peshawar hat eine Mitteilung ausgegeben, wonach zwei Flugzeuge aus Kandahar in der Nähe von Djalalabad eingetroffen sind, von denen eines Amanullahs Außenminister beförderte, der die Mohammedaner zu einem Angriff auf Kabul organisieren will. Da das Ramadan-Fest zu Ende ist, haben bereits Kämpfe zwischen Kabul und Kandahar begonnen.

Das siebente Dominion.

Wie aus London berichtet wird, hat sich dort eine Liga für das siebente (palästinensische) Dominion gebildet. Diese Liga vertritt den Gedanken, daß Palästina, wenn die Freie des Mandates abgelassen sei, als Dominion mit demselben Status wie Kanada, Australien und Südafrika dem britischen Weltreich angehören solle und daß die Entwicklung Palästinas auf einem innigen Bündnis zwischen Engländern und Juden beruhen müsse.

Griechenland und der Gedanke des Weltfriedens.

Der Oberste Rat Griechenlands für öffentlichen Unterricht beschloß, in allen Schulen besondere Bücher einzuführen, die den Gedanken des Weltfriedens und der Völkerverbrüderung verbreiten lassen. Er beschloß weiter, aus den Schullehrbüchern jeden Satz auszumergeln, der in irgendeiner Weise zur Aufrechterhaltung des Hasses zwischen den Völkern beitragen kann. In den Schulen sollen häufig Vorträge gehalten werden, um den Geist des Weltfriedens zu pflegen.

Ein japanisches Schwert für Hindenburg

Marquis Okuma, Sohn des verstorbenen japanischen Staatsmannes und Präsident der Zeitung „Hochi“, hat dem Reichspräsidenten von Hindenburg durch Dr. Tsuba, ein Mitglied der genannten Zeitung, ein kostbares altjapanisches Schwert überreichen lassen.

Die Ermittlungen gegen Orloff und Genossen

Der Polizeipräsident in Berlin teilt mit: Im Verlauf der Ermittlungen der politischen Polizei in der Dokumenten-fälscherische Orloff und Genossen haben am 15. und 16. d. M. eine Reihe von Durchsuchungen stattgefunden, bei denen erhebliche Mengen weiteren Materials gelunden worden sind. Die Durchsicht dieses Materials wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Mehrere Personen wurden vorläufig festgenommen und der politischen Polizei zugesührt. Sie gehören zu einer Gemeinschaft, die sich in der Hauptsache um den aus früheren Vorgängen bekannten ehemaligen russischen Rechtsanwalt Alexander von Gumanstschikart. Außer Gumanstschikart befinden sich im Polizeigewahrsam die Journalisten Alexander Reikoff, Alexander von Rohmann, Frau Olga Bapiewitsch, ein Ingenieur Sergej Samroff, sowie der aus der Altamtliche Babakoff her bekannte frühere russische Oberleutnant Peter Schabelski-Wort. Die polizeilichen Ermittlungen gegen die Genannten gehen namentlich nach der Richtung hin, ob das bei ihnen gefundene Material in Verbindung zu bringen ist mit der Fälscherität Orloffs und inwiefern sie selbst sich hierdurch strafbar gemacht haben. Sollte das Belastungsmaterial zur Einleitung eines Strafverfahrens nicht ausreichen, so wird voraussichtlich mit fremdenpolizeilichen Maßnahmen gegen die Genannten vorgegangen. Weitere drei vorläufig festgenommene Personen müssen mangels Verdachtes einer strafbaren Handlung wieder entlassen werden.

Verhaftung führender Kommunisten in Riga

Die politische Polizei in Riga hat das Zentralkomitee der illegalen kommunistischen Partei Lettlands bei einer Verhaftung, zu der die Mitglieder vollständig erschienen waren, überführt. Sie hat die sieben Anwesenden verhaftet und zahlreiche Dokumente, darunter Briefe aus Moskau eingetroffene Instruktionen der lettischen Sektion der Komintern sowie Abrechnungen über Propagandagelder beschlagnahmt. Unter den Verhafteten befinden sich zwei Abgeordnete der Komintern, die mit falschen Pässen nach Lettland gekommen waren, ein Stadtverordneter und ein Beamter der Sowjethandelsvertretung. Durchsuchungen in den Wohnungen der Mitglieder des Zentralkomitees hatten eine Reihe weiterer Verhaftungen zur Folge.

Ein neuer Finanzskandal in Paris

Eine neue Betrugsangelegenheit hat zur Verhaftung eines Bankiers geführt. Es handelt sich um den Direktor des Finanzkonfortums der Provinzmaier, Quinard, der u. a. auch für den verhafteten Bankier Pacquement als Kundenvererber gearbeitet hat und ein eigenes Unternehmen leitete, das jetzt in Konkurs geraten ist. Das ganze Personal bestand bei dem Unternehmen Quinards aus einem im Ruhestand lebenden Artilleriemajor als Prokuristen und einer Maschinenfabrikantin.

Für ein Reichsland Braunschweig

Wie die Braunschweiger Neuesten Nachrichten mitteilen, hat die Landtagsfraktion „Gemeinschaft der Mitte“, an der der Wirtschaftsverband, die Demokraten und der Bauernbund beteiligt sind, die Einbringung eines Antrages im braunschweigischen Landtag beschlossen, durch den das braunschweigische Staatsministerium ersucht werden soll, in Unterhandlungen mit der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung einzutreten, um die Bildung eines „Reichslandes Braunschweig“ mit reichseigener Verwaltung herbeizuführen.

Genehmigung des Haushalts des Internationalen Arbeitsamtes

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat in seiner heutigen Schlußsitzung den Haushaltsvoranschlag für 1929 genehmigt, der einen Gesamtaufwand von 8,7 Millionen Goldmarken vorsieht.